

Aussprache

Regionale Kompetenzen nutzen

(Zu dem Beitrag von Martin Frenzel in Heft 8-9/2003, S. 481-491)

Die Ausgabe 8-9/2003 der Gewerkschaftlichen Monatshefte mit qualifizierten Beiträgen zur zukünftigen Gewerkschaftspolitik war überfällig. Erst durch das Aufzeigen realer Alternativen gewinnt die Politik des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften wieder an Glaubwürdigkeit und Bedeutung. Denn es war eine Schwäche der gewerkschaftlichen Argumentation, dass Kanzler Gerhard Schröder sein „TINA-Prinzip“ („There is no Alternative“) relativ unangefochten verkaufen konnte.

Ein Blick in andere Länder könnte uns die Augen öffnen. In diesem Zusammenhang kommt Martin Frenzels Beitrag „Sanfte Alternative zur Agenda 2010? - Dänemarks Dritter Weg (1993-2001)“ eine besondere Bedeutung zu. Der Erfolg des dänischen Weges scheint darin zu liegen, anstelle einer zentralistischen Politik auf eine dezentrale regionale Arbeitsmarktpolitik mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und Kommunen als relevante Kräfte vor Ort zu setzen. Regionale Kompetenzen werden in Dänemark genutzt.

Zwar könnten Kritiker argumentieren, Dänemark sei nicht Deutschland. Aber auch in Deutschland gibt es mannigfaltige regionale Ansätze. Das weiß ich aus eigener Erfahrung. In der Region Südöstliches Westfalen (Hochsauerlandkreis und Kreis Soest), in der ich DGB-Regionsvorsitzender bin, wird seit Jahren in tragfähigen Konsensrunden an der Gestaltung der regionalen Strukturpolitik gearbeitet. Mit am Tisch sitzen die Gewerkschaften, die Kammern, die Kreise und Kommunen, die Bezirksregierung sowie das Arbeitsamt. Das Arbeitsamt hat zwar nicht die Aufgabe, die regionale Strukturpolitik zu gestalten. Da es aber beschäftigungspolitisch ein wich-

tiger Akteur ist, gehört es aus Gründen der Effizienz mit in diesen Kreis und alle relevanten regionalen Akteure unterstreichen dies auch deutlich. Als Erfolg dieser Zusammenarbeit kann gewertet werden, dass die Arbeitsämter Meschede und Soest seit Jahren Arbeitslosenzahlen deutlich unter dem NRW-Durchschnitt aufweisen.

Als im Jahre 2002 starke Kritik an der Bundesanstalt für Arbeit laut wurde, die in der Bildung der Hartz-Kommission mündete, vereinbarten die regionalen Akteure im Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes Meschede, Arbeitsgruppen zu bilden, die Vorschläge zur Reform der Bundesanstalt ausarbeiten sollten. Die Arbeitsgruppen waren besetzt mit den Vertretern aller Bänke des Verwaltungsausschusses, also Arbeitnehmer, Arbeitgeber, öffentliche Körperschaften und zudem mit sachkundigen und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Arbeitsamtes Meschede. Der erste Satz der ausgearbeiteten Thesen lautet: „Stärkung der Entscheidungskompetenz vor Ort.“ In der Sitzung des Verwaltungsausschusses des Arbeitsamtes Meschede im März 2002 wurden die erarbeiteten Reformvorschläge einstimmig beschlossen, die u.a. forderten:

- I. Abbau der hierarchischen Struktur der BA
 - radikale Zurückschraubung der Dienstblatt-Runderlasse und der Runderlass-Mentalität;
 - Entwicklung „schlankerer“ Strukturen;
 - Entwicklung zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen.
- II. Verstärkung der Kompetenzen der AÄ vor Ort
 - d.h. Analyse des Arbeitsmarktes/der freien Stellen;

- Erkennen der Diskrepanz zwischen den Fähigkeiten, Fertigkeiten, Kenntnissen und Kompetenzen der Arbeitslosen und den Anforderungen des Arbeitsmarktes;
- nach Analyse des Arbeitsmarktes und Beurteilung der Arbeitslosen passgenaue Maßnahmen beruflicher Bildung erstellen.

III. Entwicklung der AÄ zu relevanten Akteuren der regionalen Strukturpolitik

- Anpassung an die Vorgaben und Vorstellungen der EU zur regionalen Strukturpolitik;
- Regionen und regionale Strukturpolitik bilden den Rahmen für die Arbeit der AÄ vor Ort und sind Basis für die Arbeit der LAA und BA;
- durch Teilnahme an der regionalen Strukturpolitik Gewinnung von Einsichten in den zukünftigen regionalen und überregionalen Arbeitsmarkt.

IV. Aufgaben der BA in Nürnberg

- Serviceanbieter und -leister für die LAÄ und die AÄ;
- hierzu gehört vordringlich die Entwicklung einer Personal- und Personalführungsstruktur, die die Kompetenzen der AÄ vor Ort stärkt.

V. Aufgaben der LAÄ

- föderalistische Umsetzung der BA-Geschäftspolitik auf die Bundesländer und dementsprechende Mittelverteilung zur Stärkung der regionalen Arbeitsmärkte und der regionalen Strukturpolitik (Scharnierfunktion).

VI. Selbstverwaltung in den AÄ

- Stärkung der Kompetenzen der Verwaltungsausschüsse, denn Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie die öffentlichen Körperschaften sind relevante Akteure der regionalen Strukturpolitik;
- Ziel: Regionale Strukturpolitik aus einem guss. Die AÄ dürfen nicht mehr neben oder kontraproduktiv zur regionalen Strukturpolitik arbeiten (Anpassung an die Normen der EU).

Die erarbeiteten Reformvorschläge wurden auf Beschluss des Verwaltungsausschusses der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg zugeleitet. Diese hielt es in „preußischer Manier“ nicht für notwendig, dem Verwaltungsausschuss zu antworten; ja noch nicht einmal der Eingang wurde bestätigt. Die so genannte Hartz-Reform zentralisierte die Bundesanstalt für Arbeit weiter. Es wurde sogar in Erwägung gezogen, die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter vor Ort abzuschaffen.

Der große Fehler der Hartz-Reform ist das Versäumnis, die Verwaltungsausschüsse zu stärken, um regionale Kompetenzen zu nutzen. Denn das Beispiel Dänemark zeigt: Dezentrale Bündnisse für Arbeit vor Ort erweisen sich als effektiver als zentralistische Lösungen. Es wäre eine lohnende Aufgabe für die deutschen Gewerkschaften, sich für regionale Bündnisse für Arbeit von unten einzusetzen.

*Heinz Rittermeier,
Arnsberg*